

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expeditoren: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

## Der Freisinn und die Tabaksteuer.

Der Freisinn hat die Stim., im Wahlkampf seine Schuld an der Tabaksteuer abzulegen. Der Abg. Dr. Mugdan erklärte, nach dem liberalen Flugblatte, fühl: „Die Sozialdemokraten haben den Mut, es zu hinzufügen, als ob meine politischen Freunde die Tabaksteuer gewesen seien.“

Jawohl, Herr Mugdan! Es ist auffallend, daß die Freisinnigen für die Tabaksteuer waren, ja daß die Freisinnigen sogar selbst einen Antrag stellten (Antrag Kommissen-Weber), den Tabak um 50 Millionen Mark mehr zu belasten! Das ist die Wahrheit, von jedermann kontrollierbar — alles andere ist Wahlschwundel!

Sie die Beweise! Von allen Steuervorlagen ist die Vorlage betr. die Erhöhung der Tabaksteuer im Reichstage am meisten mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Das Zentrum mußte Rücksicht nehmen auf das Heer der Heimatbeiter in der Tabakindustrie, die namentlich in Rheinland-Westfalen stets treue Wählerfiguren der Zentrumspartei gebildet haben. Die Nationalliberalen, die sich zur Vertretung des Großkapitals berufen fühlen, wurden von den im Deutschen Tabakver organisierten Tabak-Großindustriellen im Raum gehalten und der Freisinn meinte, diese Gelegenheit zu benutzen zu können, sich einmal als „volksfreundlich“ zu erweisen. Allerdings ist es bei dem kläglichen Versuch geblieben. Am nicht aus dem Bloß herausgenommen zu werden und damit der Aussicht verlustig zu gehen, daß einzelne seiner Mitglieder gelegentlich mit Orden vierter Würde „ausgezeichnet“ werden, schloste der Freisinn nicht nur die Erhöhung der Tabaksteuer im Prinzip, er war sogar bereit eine Erhöhung zu bewilligen, die weit über das hinausging, was schließlich der schwarz-blau Bloß bewilligt hat!

Mit der Einführung der Wanderloose für Zigaretten hatte die Regierung ein glänzendes Geschäft gemacht und diesen Umstand hat sie veranlaßt, das Wanderloosystem auch für Zigaretten vorzuschlagen. Man hoffte auf diese Weise 77 Millionen Mark mehr aus Zigaretten und Zigaretten herauszuholen zu können. Außer den Konserbativen und der Reichspartei sprachen sich alle Parteien des Reichstags gegen diese Form der Besteuerung aus. Die Sozialdemokratie erklärte sich aber grundsätzlich gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, während die bürgerlichen Parteien allesamt grundsätzlich für eine Mehrbelastung des Tabaks waren. Der Streik drohte sich Bloß um die Form, in welche die Ausbeutung der konsumierenden Massen geteilt werden sollte.

Abg. Dr. Wiemer sagte in der Sitzung des Reichstags vom 23. November 1909 — Seite 6941 des Protokolls:

„Aufgabe der Kommission wird es sein, im nächsten darzutun, daß die Wanderloose nicht annehmbar ist. Ich weiß nicht, ob in der Kommission der Versuch unternommen werden wird, nachzuweisen, daß eine andere Form der Besteuerung möglich ist, ohne daß diese volkswirtschaftlich und sozialpolitisch schädlichen Wirkungen hervorgerufen werden. Von unserer Seite wird das jedenfalls nicht geschehen, und ich glaube auch, daß jede Form der Besteuerung des Tabaks, die zu Ende schlägt, auf ernste Wehen hohlen dürfte.“

Ginter diesen präferierten Worten stand aber alles mögliche, nur sein erster Wille, denn einige Monate später war es der Freisinn, der gemeinsam mit den Nationalliberalen und der Bloß eine Form der Besteuerung suchte, sondern auch eine solche fand, die von geradezu himmelstreichender Ungerechtheit war. Es handelte sich um den berühmten Antrag Kommissen-Weber, Nr. 185 der Kommissionsdrucksachen. Dieser Antrag wollte eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen und eine Erhöhung der Steuer auf inländischen Tabak. Der Zoll sollte erhöht werden von 85 Mk. auf 140 Mk. Die Steuer von 45 auf 75 Mk. Der Mehrbetrag war auf etwa 50 Millionen Mark berechnet. Der Freisinn hatte also die Absicht, den Verbrauchern den Zigaretten, Zigaretten und Tabak mehr als 50 Millionen Mark mehr als bisher alljährlich aufzubahlen. Es kam wie blutiger Schöhn, als der freisinnige Abgeordnete Hermann Wiemer in der 55. Sitzung der Steuerkommission — Seite 2 des Protokolls — erklärte:

„Seine Freunde lehnen die Wanderloosesteuer und die Naturverweilsteuer ab, sind aber für eine mögliche Erhöhung nach der bisherigen Zollmethode. Ueber den durch den

Antrag Weber-Kommissen gebotenen Betrag würden sie nicht hinausgehen können.“

Dieser Antrag wollte, wie bereits erwähnt, den Tabak mit etwa 50 Millionen Mark mehr belasten. Darin erklärte der Freisinn eine „Erschöpfung der mindertragfähigen Schultern!“ Weshalb es ist schwer, seine Satire zu schreien!

Der Antrag Kommissen-Weber war nämlich nichts anderes um zwei Formen der Besteuerung. Freisinnige und Nationalliberalen wollten die Zölle und Steuererhöhung, Konserbativen und Zentrum wollten einen Zuschlag von 20%, der nach dem Wert des Tabaks zu bemessen ist. Selbstredend konnten sich unsere Genossen weder für die eine noch für die andere Form dieser Steuer erklären, weil wir als Sozialdemokraten gegen indirekte Steuern in jeder Form sind. Wägt man nun aber beide Steuerentwürfe, den freisinnig-nationalliberalen und den konservativ-zentrumlichen gegeneinander ab, so ergibt sich folgendes: Wird zum Zoll ein Zuschlag erhoben, der sich nach dem Wert des eingeführten Tabaks richtet, so werden natürlich die feinen und demgemäß sehr teuren Tabake wesentlich härter belastet als die in der Qualität geringeren und deshalb billigeren Tabake. Wird dagegen nach dem freisinnigen Entwürfe der Zoll auf Tabak ganz automatisch erhöht, so ist die prozentuale Belastung der billigen Zigaretten weit höher als der teureren. Nach dem Antrag Kommissen-Weber wäre die für den Massenkonsum berechnete 6-Pfeinig-Zigarette mit 18,7 Proz. des Wertes, die 20-Pfeinig-Zigarette dagegen nur mit 5,6 Proz. belastet worden! Das ist freisinnige Steuermacht!

Dieses niederträchtige Treiben der freisinnig-nationalliberalen Verdrückerung, die sich zum allezeit willfährigen Werkzeug des großkapitalistischen Deutschen Tabakvereins hergegeben hatte, ging selbst der Nationalzeitung gegen den Strich. Der Antrag Kommissen-Weber war nämlich nichts anderes als der Austrag, den der Deutsche Tabakverein erteilt hatte und den auszuführen sich Freisinnige und Nationalliberalen beistellten. Wir haben bereits betont, daß der Deutsche Tabakverein die Organisation der Tabak-Großindustriellen ist, denen Herr Wilow in der Rede, die er an die Deputationen hielt, die aus verschiedenen Teilen des Reiches zu ihm gekommen waren, um ihn von der „Steuerfreudigkeit“ des Volkes zu berichten, direkt eigenartiges Verhalten zum Vorwurf gemacht hat. Diese Großkapitalisten hatten natürlich ein Interesse daran, die Belastung mehr auf den Massenkonsum abzuwälzen, die Maucher der teureren und teureren Zigaretten aber möglichst zu schonen. Der Deutsche Tabakverein hat in einer Eingabe an den Reichstag selber zugeben müssen, daß der finanzielle Effekt der beiden Formen der Steuer folgender ist:

Per 1000 Stück	Antrag Kommissen	Bertzulschlag
4-Pfeinig-Sorte	2,65 Mk.	1,64 Mk.
5 „ „	3,65 „	2,84 „
10 „ „	11,20 „	15,60 „
15 „ „	11,20 „	19,60 „
20 „ „	11,20 „	24,80 „

Diese kleine Tabelle zeigt, daß die Freisinnigen und die Nationalliberalen die billigen Zigaretten höher, die teureren weniger belasten wollten, als dies durch den Wertzoll geschieht. Die Nationalzeitung charakterisiert in ihrer Nr. 189 vom 24. April 09 den freisinnig-nationalliberalen Antrag dahin, daß, wenn man den Zoll auf Tabak ohne Rücksicht auf den Wert um 55 Mk. pro Doppelzentner erhöht, der billige Einlage tabak mit 90 Proz. dem Wert, der den vermehrten Konsumern begehrte Tabak dagegen nur mit 9 Proz. vom Wert belastet wird. Mit anderen Worten, Freisinnige und Nationalliberalen wollten den billigen Tabak zehnmal so hoch treffen, als den teureren!

Wenn man dem schwarz-blauen Bloß für etwas danken könnte, so dafür, daß er gemeinsam mit den Sozialdemokraten den gemeinsamen Verstoß der freisinnig-nationalliberalen Dienstleute des Deutschen Tabakvereins zu Fall brachte.

Wie bei der Trauener, so stand auch bei der Tabaksteuer der biedere Freisinn Kraus und uncutwegt auf Seite des Großkapitals. Die Konsumenten sollten bluten, den Arbeiter sollte die billige Zigarette, die er nach getaner Arbeit raucht, noch mehr verteuert werden, dagegen war der Freisinn

mit großem Eifer befreit, daß in seinem Profit bedrohte Großkapital zu schützen.

Und eine solche Partei befreit dann noch die Unverschämtheit an die Stimmen der Massen zu werben, die von ihr belogen und betrogen worden sind!

Durch die Wahl des sozialdemokratischen Gegners der indirekten Belastungen, Fritz Kuert, muß am Freitag dem Freisinn eine vernichtende Niederlage beigebracht werden!

### Der Freisinn und die Branntweinsteuer.

Das Monopol, wie es die Regierung ursprünglich verlangt hatte, war in der Kommission gesunken. Man hatte eine Subkommission eingesetzt, die einem Vertreter der Regierung den Auftrag erteilte, schließlich einen neuen Entwurf fertigzustellen. Der neue Entwurf, der auch Gesetz wurde, bedeutet nicht hoch eine erhebliche Mehrbelastung des Verbrauchs, sondern sichert den Schnapsbrennern auch weiterhin eine Liebesgabe von 50 Millionen Mark pro Jahr. Zu dieser Vorlage erklärte der Abgeordnete Dr. Wiemer in der Sitzung der Kommission vom 23. März 1909:

„Man könnte sich auf den Boden des Entwurfs stellen und anerkennen, daß damit eine Grundlage für eine Neuauflage der Liebesgabe geschaffen sei... Mit 125 Mk. Verbrauchsabgabe und der von ihm vorgeschlagenen Staffel könnte man sehr gut auskommen. Dadrück würden die gewünschten 100 Millionen erzielt.“

Das hauptsächlichste Kampfbild bei Beratung dieser Steuer war aber die Liebesgabe. Nach den bestehenden Verträgen muß eine gewisse Spannung zwischen dem innerhalb und dem außerhalb des Kontingents hergestellten Spiritus bestehen. Diese Spannung von 20 Mk. ist die vielumstrittene Liebesgabe. Die mit den süddeutschen Staaten bestehenden Verträge wären nur aber in keiner Weise verletzt worden, wenn einer sozialdemokratischen Anregung Folge gegeben und diese Spannung auf 50 Pfennig herabgesetzt worden wäre. Damit wäre die Liebesgabe fast ganz beseitigt gewesen. Das schien dem Freisinn einfach ungeheuerlich, obwohl seine Vertreter bei jeder Gelegenheit versichern, daß sie die Beseitigung der Liebesgabe wollen! Am den Schnapsbrennern Jurem nicht gar zu nahe zu tun, haben die Freisinnigen auf Nr. 108 der Drucksachen den Antrag gestellt, diese Liebesgabe in Zwischenschritten von fünf zu fünf Jahren immer um fünf Mark zu ermäßigen. Seit man voraus, daß der Alkoholverbrauch nicht wesentlich zurückgeht und somit die Liebesgabe von 50 Millionen bleibt, so hätte der freisinnige Antrag bedeutet: Die Schnapsbrenner erhalten bis 1914 pro Jahr 37½ Millionen, ab 1914 bis 1919 25 Millionen, von da ab 12½ Millionen pro Jahr an Liebesgabe. Der freisinnige Kampf gegen die Liebesgabe stellt also so aus, daß der Freisinn den Schnapsbrennern für die nächsten zehn Jahre 312½ Millionen Mark Liebesgabe sichern wollte!

### Noch eine Branntweinsteuer!

Die konserbativ-halle'sche Zeitung fengschneide die liberale Gesellschaft Ende Juli mit harten Ausdrücken wie folgt: „Hagen haben keine Urne — an das als Sprichwort muß man denken, wenn man jetzt den Tag so Tag die Fälle der freien Entstellungen, den lächerlichen Fälschungen und der schamlosen Heucheleien vor Augen bekommt, mit denen die liberale Presse ihren Derschaft aufwartet... Nun aber, da die neuen Steuern Gesetz geworden sind, weiß der liberale Liberalismus jegliche Verantwortung dafür auch in Einzelheiten von sich. Er verweigert, daß er für die Biersteuer gestimmt hat, wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, der Tabak ganz anders „herangegeben“ worden wäre. Er gleitet mit frommem Augenblick darüber hinweg, daß zu Kaffee- und Teezoll die Anregung von liberaler Seite gegeben worden ist, und beklagt das arme Volk, das seine Bedarfs- und Genussmittel nur deshalb teurer bezahlen muß, weil die Großgrundbesitzer keine Erbschaftsteuer bezahlen wollen.“

Wählt keinen liberalen Steuerfreund, wählt Kuert!







## Landsberg-Soldin.

### Der erste Zug des Schachers Landsberg gegen Halle ist perfekt!

Telegramme aus Landsberg melden, daß bei der Stichwahl am Montag der konservative Vorkämpf mit mehr als 1000 Stimmen Mehrheit über den Sozialdemokraten Hägel gestiftet hat. Die Stimmengablen befragen:

Hauptwahl: Vorkämpf (kons.) 9470, Hägel (Soz.) 7555  
Schöpfe (lib.) 6378.

Stichwahl: Vorkämpf 12870, Hägel 11228.

Damit ist eingetreten, was zu erwarten war: die Liberalen haben auch diesen Kreis, der Jahrzehntlang — bis 1903! — freimänniger Besitz war, der Reaktion erhalten! Dieser Ausgang ist typisch dafür, daß der Vlod zwischen Konservativen und Liberalen, der im Reichstagen verkörpert ist, bei einer gewaltigen Schicht der Wähler im Vlod trotzdem weiter besteht. Diese Wähler sind die besitzenden Klassen, die in der Tat bereit sind, jede Klust innerhalb der bürgerlichen Parteien zu überbrücken. Das Material für diese feste Brücke ist das solide Geld. Für den unbedingten Schutz des Kapitals treten alle bürgerlichen Parteien ein, weshalb der liberale Industrielle bei Stichwahlen unbedingt für den agrarischen Junker und der jüdische Verleihenhaber für den russischen Antifemiten stimmt. Der Vlod kann also, soweit die Wähler der besitzenden Klassen in Frage kommen, ruhig wieder geleimt werden — das Gold fettet jeden Riß.

Die konservativen Liberalen stimmen nun Triumphgefänge an, daß ihr heißes Fischen erhört und der Reaktionsär glatt gewählt wurde. In der Politik entscheidet bei den kapitalistischen Parteien ja lediglich der Erfolg. Wird Erfolg erzielt, dann ist jedes dazu angewendete Mittel geheiligt. Der Rechtsanwalt Herzfeld, der als Vorkämpfer des Liberalen Vereins das bekannte dringende Telegramm an die Liberalen in Landsberg richtete, sie möchten ja offen für den konservativen Reaktionsär eintreten, damit die Agrarier in Halle für Reimann stimmen, dieser selbe Herr Rechtsanwalt Herzfeld wird jetzt als größte „liberale“ Intelligenz gefeiert und in den Zentralvorstand nach Berlin berufen werden. Welch ein glänzendes Beispiel heldenhafter Prinzipienlosigkeit hat Herr Herzfeld der ganzen liberalen Welt gegeben! Er, der Liberale, sorgt für die Wahl des Konservativen, er, der Jude, steht bergwärts für den Antifemiten — Herr Titulaprofessor Suschland: umarmen Sie Ihren Freund! Der Schacher war erfolgreich! Die Halle'schen Großagrarier werden nun mit Begeisterung für den „rabiaten Spaltliberalen“ tolisten Berliner Kalibers“ (wie sie Herrn Reimann nennen) stimmen, arbeiten, schleppen. Mit Hilfe der gesamten Reaktion wird es am 28. November wiederum in Halle ein großes „liberales Erntedankfest“ geben — dank der glänzenden Strategie.

Reben industriellen und agrarischen Großkapitalisten bekommen aber am Freitag auch die Kreise der Intelligenz das Wort! Und ebenfalls die Schichten derer, die auf politische Weinseligkeit noch etwas halten. Sie werden zweifellos mit Begeisterung für einen Liberalismus stimmen, dessen höchstes Ziel die Stärkung der Reaktion ist, und dessen Kandidatur von den Agrariern als die ihre anerkannt wird.

Der allem aber haben die Massen des arbeitenden Volkes die Entscheidung in der Hand! Sie müssen zur Bückung eines Liberalismus aufgerufen werden, der die Wahlkreise skrupellos ostelbischen Agrariern verschachtet und ausleiert. Im Zeichen der Volksempörung über die Steuerüberheben des Schnapshöcks ist es eine Schmach und eine Schande, daß liberale Wähler einen Wahlkreis dem antikommunistischen Schnapshöck aufhängen — einen Wahlkreis, der bis 1903 freimänniger Besitz war! Die Junker mißhandelten den Liberalismus und warfen ihn aus dem Vlod — die Liberalen aber hüßten gehorcht den schmutzigen Stiefel! Sie mochten es nicht, eine Ständeharbare gegen den Konservativen auszugeben, sondern überließen es den Wählern, für ihn zu stimmen. (Ganz abgesehen von dem widerlichen Heben der Halle'schen Liberalen, das nur Verachtung erregt.) Der Liberalismus hätte die Sünden eines Menschenlebens ausbilden können, wenn er sich jetzt noch aufgerafft und mit Taten zu seinem Programm bekennend hätte!

Aber es ist für immer vorbei! Das Großkapital hat ihn korumpiert und reaktionär gemacht. Der Schutz des feinsten Vermögens ist seine „nationale“ Aufgabe, ist sein „Vaterland“. Die Siegesnachricht überschreibt denn auch die Saaleleitung im Feindrud: „Vaterland und Partei erwarten, daß am 28. November jeder bürgerliche Wähler seine Schuldigkeit tut!“ Genau wie die Junker versteht heute der Freisinn unter „Vaterland“ die Interessen des Großkapitals. Und die tun ihre Schuldigkeit!

Das schaffende Volk muß nun alles daranlegen, den Schacher Landsberg-Galle zu durchkreuzen. Landsberg haben die Liberalen der Reaktion ausgeliefert — nun soll Halle von der Reaktion den Liberalen zugestanden werden. „Trene um Trene.“ Das Kapital setzt alles daran, dem ersten Zuge des Stuhls den zweiten folgen zu lassen.

Spannen wir alle Nerven an, und diesen Schachzug der Reaktion zu vereiteln! Mit dem Freisinn schwingen wir die vereinzelt Reaktion auf das Haupt.

## Zur Reichstagswahl.

### Der letzte Schlag!

Am Donnerstag Abend findet in den meisten und zur Verfügbaren Stellen der letzte Appell an die Wähler von Halle und Saalkreis statt. Die diebeszügliche Bekanntmachung findet sich im Interzentale. Schon jetzt wollen alle Genossen und Genossinnen kräftig für die Versammlungen agitieren.

### Sozialdemokratische Frauen!

Die Frauen und Genossinnen, die sich zur Wahllocher bereit erklärt haben und solche, die noch weiter dazu bereit sind, wollen sich am Mittwoch nachmittag 2 Uhr im Parteifunktorium treffen. Sehr lebhaft Beteiligung der Frauen ist dringend erwünscht.

### Die Frauen und die Reichstagswahl.

Am auch den Frauen Gelegenheit zu geben sich mit der überaus wichtigen Aufgabe zu beschäftigen, und gehen abends im Volkspartei eine gutbesetzte öffentliche Volksversammlung für Halle statt, mit der Tagesordnung: Die Reichstagswahl in Halle-Saalkreis und welches Interesse haben die Frauen daran. Der größere Teil der Anwesenden bestand erfreulicherweise aus Frauen. Genossin Luise Ziech vom Parteivorstand in Berlin sprach in etwa 15 Minuten über dieses Thema und beleuchtete von allen Seiten die für die Arbeiterinnen in Frage kommenden politischen Ereignisse der letzten Zeit. Sie führte ungefähr folgendes aus:

Die bevorstehende Reichstagswahl in diesem Kreise ist von außerordentlicher Bedeutung, nicht nur für Halle sondern für ganz Deutschland. Schon dadurch, daß nicht nur die Freisinnigen sondern auch die Nationalliberalen die Arbeiterinnen und die Freunde des Herrn Schach für die Kandidatur Reimann eintraten, ist freie Bahn geschaffen. Es gibt nur ein Hüben und ein Trüben. Durch die Zusammenschließung der gesamten politischen Parteien ist Reimann die vornehmlichste Vertretung des ganzen reaktionären Künftels, des allmächtigen Kapitalismus. Der Kampf ist also gleichzeitig ein Kampf gegen den Kapitalismus.

Die bürgerlichen Parteien haben auf alle mögliche Art und Weise sämtliche bürgerlichen Elemente auf die Waage gelagt, um die Wahl des Kapitalvertreter Reimann zu sichern. Man hat die Eisenbahnarbeiter organisiert, die Kirch-Zwischenarbeiter aufgerufen, ja, man hat nicht vergessen, die Frauen, von denen man sonst nicht viel hört, für Reimann Wahlhilfe zu gewinnen.

Es gilt hier nicht nur, das Mandat zu holen, sondern es muß eine so große Stimmenmehrheit erzielt werden, daß ihre Rolle einen klammernden Protest gegen die schamlose Unterdrückung bedeutet. Die Empörung gerade der Frauen über die Vorenthaltung der gleichen Wertsachen, der vollen Staatsbürgerrechte muß herauf geführt werden, daß eine jede Frau auf die lauten und indifferenten Wähler einwirken muß.

Die Frauen haben gerade in der gegenwärtigen Zeit alle Ursache, sich um die Politik zu kümmern. Keine einzige bürgerliche Partei tritt für die volle Gleichberechtigung der Frauen ein, einzig und allein ist es die Sozialdemokratie, die nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch immer wieder mit Entschiedenheit für die Frauen eingetreten ist. Die freisinnige Volkspartei ist zwar bereit für das allgemeine gleiche Wahlrecht, in den Parlamenten, wo sie sich in der Minderheit befindet, Gerade in den Kommunalverwaltungen, wo die Liberalen die Mehrheit haben, fütten sie sich aber, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen. Bei den Kämpfen um das demokratische Wahlrecht zum preussischen Landtag haben die Konservativen die Liberalen verhöhnt und ihnen das Verhalten in den Kommunen vorgehalten. Direkt in den Rücken sind die Liberalen uns gefallen, als Willen im Reichstags Dröckungen ansah für den Fall, daß die Arbeitermassen es wieder wagen sollten, für ihr Staatsbürgerrecht zu demonstrieren.

Wir wissen, wie im Jahre 1907 große Enttäuschungen auf die Sozialdemokraten gewälzt wurden. Wohl haben wir damals eine Reihe von Mandaten verloren, aber keine Stimme, sondern noch eine Viertel Million gewonnen. Wir hätten 32 Kreise weniger an die Junker verloren, wenn nicht die Freisinnigen einen Verrotter gelöst hätten. Diese neuen Steuern hätten unmöglich angenommen werden können. In der letzten Reichstagswahl hat die Reimann, obwohl das schamhafte Verhalten der hiesigen Liberalen in der Angelegenheit des Telegramms des Rechtsanwalts Herzfeld an die Liberalen in Landsberg-Soldin, nur jetzt die Entscheidung fällt. Das ist eine Schande, daß die Liberalen den Stiefel, mit dem die Junker sie aus dem Vlod hinaustraten, wieder hüßen, nur um ein Mandat zu ergattern.

Ein demokratisches Wahlrecht kommt nur der Arbeiterschaft zugute, deshalb unterstützen die Liberalen den Kampf nicht nur nicht, sondern hindern ihn noch mit allen nur möglichen Mitteln. Da war die französische Bourgeoisie denn doch von anderem Gese, die hat mit dem alten feudalen Vandalen gehörig angekommen. Auf der letzten Tagung der Liberalen hat man luterhand die Forderungen der Frauen abgelehnt.

Genossin Ziech geht auf die Reichstagswahl ein und in die neue Reichstagsreform ein, sondern eine außerordentlich freche Ausdrucksweise des ganzen Volkes. Die angeblühende Karte von 548 Millionen wird das Defizit nicht vermindern, auch die neuerfindlichen Einnahmen nicht, da das Loch nicht verstopft ist, wodurch die Unsummen bisher geschlupft sind. Die ungeheuren Ausgaben für das Militär, die Marine, die Kolonien, verflünden die ganzen Einnahmen. Deshalb wird die Miffere nicht durch neue indirekte Steuern aufgehoben, sondern durch die Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Das untergeordnete Punktsystem lieferte dem Reich im vorigen Jahre die Hälfte von 17 Millionen Mark. Diesen dem Vaterlande die Mittel zur Verwirklichung vorenthalten. Wir bekämpfen lediglich das heilige Schisma des Militarismus, weil es sich gegen die eigenen Volksgenossen richtet. Man hat ja immer gehört davon, wie man den Rekruten geleitet hat, daß sie auf Feind auf Vater und Mutter zu schießen hätten. Das ist nicht nur geleitet worden, das ist wirklich geschehen bei dem großen Vergarbeitsvertrag im Ruhrgebiet (Ruhr: Mansfeld), und noch heute kann man in Herrn. Wanne, Gelsenkirchen die Muttsprache an den Häusern hören, die von den niedrigergehenden Vergarbeitsern herrühren. Und ganz in der Nähe hat jetzt

ein gewaltiger Kampf sein Ende gefunden, der nicht geführt worden ist um Erziehung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um die Verteilung des heillosig garantierten Wahlstimmrechts. Da hat man Infanterie, Kavallerie und Maschinengewehre nach Mansfeld beordert, um eine Arbeiter-Schicht niederknallen, die bis vor kurzem patriotisch-reaktionär war. Und wenn es in Mansfeld nicht zu Klämpfen kam, wenn die Infanterie nicht auf Vater und Mutter schießen mußte — hier hätte die Soldaten hauptsächlich auf Vater und Mutter schießen müssen, da die oder sich aus Mansfelder Vergarbeitsern rekrutieren — so ist das nur der besonnenen Haltung der Streitleitung zu verdanken, die immer die Entzweiten geleitet, laßt sich nicht provozieren, heißt die Jähne gewinnen, wenn man auch noch so bittere Unrecht tut!

Die gesamten bürgerlichen Parteien — einschließlich der Liberalen — haben in ihrer Besessenen, ihren Angliedern, die Militärabgaben gutgeheißt, noch damit getrachtet. Die vielen Soldatenabgaben sind das Ergebnis des gescheiterten Schachbergsplans im Heere. Wir bekämpfen deshalb dieses Schisma.

Darauf geht die Reimann kurz auf die Stellung des Freisinnigen im Kampf um die neuen Steuererlöse ein und gibt auch einen Ausblick auf das schamhafte Verhalten der Freisinnigen bei den Reichstagswahlen und der letzten Reichstagsreform. Unter Führung Eugen Richters ist 1902 dem Volke das Brot, sind alle notwendigen Lebensmittel verteuert worden. Auch jetzt war der Freisinn bereit, dem Volke neue Lasten aufzubürden, nur wollte er ihnen ein Mandatchen von jenenannten Wählern umhängen.

Die kommende Wahl ist für uns Frauen von ebenso wichtiger Bedeutung, als für die Männer. Wenn jeder Mann und jede Frau ihre Pflicht tun bis zum Wahltag, bei jeder Gelegenheit, und lebhaft agitieren, dann wird der 28. November ein Ehrentag für das Proletariat sein. Wenn der Freisinn sich mit dem Reichstagswahl verbunden hat, so soll es uns recht sein, und wenn heute die akademische Jugend, die früher die Trägerin revolutionärer Gedanken war, zu Wahlkämpfern für den reaktionären Kandidaten gebraucht wird, so ist auch das für uns recht. Sie hat dann nach unserm Siege die wohlverdiente Blamage hinzu. Wenn jeder fleißig arbeitet, sich die glänzenden Erfolge unserer Genossen in Sachsen, Baden, Koblenz, Berlin und überall bei den Kommunalwahlen vor Augen hält, dann werden wir am Freitag in Ehren bestehen und für unsere Ideen neue Anhänger werden. Erfüllen Mann und Frau ihre Pflicht, dann wird am Freitag der Ruf erschallen: Nieder mit dem Reichstagskandidaten und hoch der Arbeiterorganisatorin Frau Kuncert! (Kangantaltender)

In der nun folgenden Diskussion meldet sich auf Aufforderung des Genossen Albrecht der Ingenieur Herr Baum zum Wort und erklärt, daß er nicht als Vertreter des Reichstagsverbandes, sondern als freier Vertreter dieser hier spreche. Darauf erzählt Herr Baum, daß er früher mal mit einem Arbeiter aus Nordhausen nach Spanien und Paris gereist sei und genützlich in einem Restaurant zu Mittag gegessen habe. Das sei doch jedenfalls die beste Empfindungstaste für seine Arbeiterfreundlichkeit. Er predigt sodann seine bekannte Friedenslehre. Das gleiche Wahlrecht ist dem Volke von der Krone gegeben worden. Ob die Frauen auch einmal das gleiche Wahlrecht erhalten werden, weiß er nicht, doch hat er jedenfalls nichts dagegen einzuwenden. Siegen kommt Herr Baum allererst Frankreich über das Jute und Ausland hervor, aus dem man beim besten Willen nicht recht klug werden konnte. Tromfischer Beifall begleitet seinen Vortrag.

Genossin Kuncert: Das, was Herr Baum hier über das Ausland, über England, Frankreich gesprochen hat, ist absolut falsch. Wie man so laid sein kann, das Reichstagswahlrecht als ein Geschenk der Krone an die Arbeiterschaft zu bezeichnen, zeigt von absoluter Unkenntnis der Tatsachen. Es ist ja durch die Wahlrechtsenteilung gar nicht der Ausdruck des wahren Volkswillens. Treffend widerlegte Genossin Kuncert die Rede von dem „Antreiben Hüften“. Die Gegenläufe der Bewaffnung, die Gegenläufe der Bildung, und die des Volksgenossen zur Charakterisierung der Pfäfe von der Vertreibung der Massen.

Galle vor der Saalkreis steht unter dem Zeichen des Falschens. Kom Anfang bis zum Ausgang, bis die grüne Bande der Reaktion um Herrn Reimann erkannt wurde, nichts als Standal. Dieser Standal von Halle hat einen Doppelpunkt erreicht in dem Abenden des Telegramms seitens des hiesigen liberalen Parteivorstandes nach Landsberg-Soldin. Ein elendes Schachergeflücht, wie es schlimmer im politischen Kampf noch nicht autage getreten ist. Der Standal erhielt seine Krönung durch die Schließung der alma mater am Wahltag, um die „freien Wurzeln“ zu Hausrechtshausen für den Freisinnsklingel zu vermeiden! Die Gegner brauchen elende Trittsprünge für die Massen. Wären die Frauen das ihre tun, daß die Stimmfächer am 28. November den Stiefelherren leeren müssen. (Stimm. Beifall.)

Genossin Speckling wendet sich besonders gegen Herrn Baum, der erklärt hat, daß wir in Deutschland in einem Reich der Junker leben. Das genau Gegenteil ist der Fall. Die Welt in Deutschland ist so groß, daß es in Berlin im letzten Winter 10000 Kinder gezählt worden sind, die monatelang kein warmes Mittagessen erhielten. Auf sozialpolitischen Gebiete ist seit Jahren in unfernen „schönen Deutschland“ kein gar nichts geschehen. Für uns kann es weiter nichts geben, als daß wir ausruhen: frisch auf, zu einem frisch-fröhlichen Wahlkampf. Und gerade die Frauen können das vorzüglichste Wahlhelferinnen sein. (Beifall.)

Genossin Ziech erinnert in ihrem Schlußwort, daß wir nicht nur daran denken sollen, am kommenden Freitag einen glänzenden Sieg zu erringen, sondern daß wir immer noch mehr übergenete Anhänger unserer Ideen gewinnen müssen. Es ist uns möglich, daß ein jeder Mitglied der sozialdemokratischen Partei und jeder des vorzüglichsten politischen Volkswillens wird. Es liegt nicht nur daran, daß wir eine große Anzahl von Angeordneten haben, sondern, daß die Zahl derselben, die hinter diesen Abgeordneten stehen, eine große ist. Unsere Frauen sollen nicht nur Klassenkämpferinnen sein, sondern Rekruten-erzieher der Massenführung. Deshalb müssen sie durchdringen sein von unserer Weltanschauung. Das können sie auch nicht, anders, als sich den Organisations der Partei anschließen. Die gute Verbreitung unserer Presse ist die Vorbedingung für einen glänzenden Sieg am 28. November, und auch die Vorbedingung dafür, daß Halle eine freie, unternehmerische Stadt der Sozialdemokratie für alle Zukunft bleiben wird. Der



Weniger fragt: Ist das eine gesunde Finanzpolitik? Was sagen denn die Steuerzahler dazu?

Dieser Frage schließen wir uns an. Denn bei der gefühlten Schlinge scheint uns die ganze kühnliche „Finanzkunst“ auf den Kopf gestellt. Wenn es so über die Gelber der Steuerzahler hergeht, ist es kein Wunder, daß die Steuerzahler unter häufigem Ansehen ädgt.

\* Arbeiterabfahrerein Halle a. S. und Umgebung, Solidarität. Unbeschäftigte, welche bei der Reichstagswahl als Wahlhelfer tätig sein wollen, hauptsächlich für Halle-Stadt, werden erlucht, sofern sie sich noch nicht anderweitig gemeldet haben, sich sofort im Parteibüro oder beim Vorsitzenden, W. Ernst, Scharrenstraße 9, zu melden.

\* Reinigung der Veranlassung hundertfacher Unterirdische für Arbeiter, Halle a. S. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Beschlüssen fallen am nächsten Donnerstag, den 25. November, die Beschlüsse aus.

\* Aus dem Bureau des Städtischen. Die Willetts zu der am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Wiederholung der Festvorstellung vom 10. November die Jungfrau von Orleans, werden ohne Weisung resp. Aufgebot in den Kassenbüchern an der Theaterkasse vorverkauft. Es ist dies die letzte Aufführung in dieser Spielzeit. Die Preise sind außerordentlich ermäßigt und seien namentlich Schüler und Schülerinnen der hiesigen Schulen darauf aufmerksam gemacht, daß gute Plätze nur 50 Pf. bis 1.00 Mk. inkl. händ. Willettsener kosten. Ausdrücklich sei bemerkt, daß diese Preise auch für Erwachsene gelten. Mittwochabend wird zum letzten Male Paganis Hochzeit mit Frä. Wagner, Frau v. Beer, Frä. Strobeder und den Herren Witzold, Bergmann, Kruse und Kloben in den Hauptpartien gegeben. Musikalische Leitung: Edward Moritz. Donnerstag: Die Förster-Ghetti. Freitag folgt als viertes Schauspiel im Wildenbruch-Justus das vieraktige gesellschaftliche Drama aus der Fohlenberggeschichte Der Generalsehndorf. Das Stück, auf das der Dichter die größten Hoffnungen gesetzt hatte, wurde seinerzeit kurz vor der Uraufführung für ganz Preußen von der Zensur verboten. Der Dichter erlebte viele Jahre später die Freigabe. Das Drama enthält eine ganze Reihe epikurischer Individualistischer Aufgaben, mit denen das genannte Verbot bekannt ist. Die nächste Aufführung der vereinigten Oper die Komik von Saba findet am Sonnabend statt. Sonntag nachmittags Volkstheateraufführung; Verkauf der Vorzugsheine Dienstagabend, Ausgabe der Willetts Donnerstag früh.

\* Neues Theater. Mittwoch geht als Familien-Abend bei kleinen Preisen (30, 45, 70, 105 Pf.). Gustav von Mörsen beliebtes Lustspiel: Der Salonier in Szene.

\* Gastspiel des Großen Oberbayerischen Bauerntheaters im Apollo-Theater. Heute, Dienstag, den 23. November, geht zum ersten Male Günther's Ein Charaktergemälde aus dem Bauernleben mit Gesang und Tanz in drei Akten von dem bekannten Volksschriftsteller Hans Werner, in Szene. Morgen, Mittwoch, den 24. November, beginnt, wie bereits mitgeteilt, eine Wiederholung des beim ersten Male mit großem, künstlerischem Erfolg aufgeführten Angenruber-Justus. Als erste Vorstellung in diesem Justus geht das populäre Werk Angenruber's Der Ritter von Kitzfeld, in Szene. Die Kitzfeldler spielt Herr Joseph Weth, die Rolle der Anna Birmeier Frau Dir. Anna Deng. Vorausbestellungen für den Angenruber-Justus auf sämtliche nummerierte Plätze im Theater-Bureau täglich von vormittags 10-11 Uhr und nachmittags von 4-6 Uhr. Telefonische Bestellungen unter Telefonnummer 188. In allen Vorstellungen gilt der Vorverkauf zu ermäßigten Preisen, er hältlich in den meisten größeren, durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften. Am 30. November findet die letzte Gastspiel-Vorstellung des Oberbayerischen Bauerntheaters statt.

\* Malteser-Theater. Der Erfolg des letzten Spielabends ist ein ganz bedeutender. Namentlich Hr. Kaufmanns Veronika-Krause, welche zum ersten Male in Halle und bei der Premiere

infolge Zugerückhaltung nicht auftreten konnte, lebt infolge ihrer eminenten waghalsigen Darbietungen das Publikum in bester Haltung und Entzücken. Amos Schlegel's Hirtin in Halle noch nicht gesehen worden sein. Am Mittwoch nachmittags zur Schülervorstellung wird der Kinematograph das Beste bringen. Außerdem tritt der Raffe Jim mit seiner Familie auf.

\* Ein Stempelfälscher trieb gestern nachmittag in der fünften Stunde sein Unwesen im Angerweg. Er ging zu einer Familie, deren Oberhaupt nicht anwesend war und erklärte der Frau, daß der Mann einen Stempel befehligt habe, den er nach der Probabnahme bringen lasse. Der Preis dafür sei 4 Mk., außerdem aber hätten noch 5 Mk. Rest, die auch bezahlt werden müßten. Die Frau besagte auch wirklich die geforderten 9 Mk., mußte aber zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen. Der Bauer wird als ein junger Mensch von 18 Jahren eingeschrieben, sein Vorgesetzter war sehr raffiniert. Quittiert hat er R. Müller, Sternstraße 16, eine Adresse, die nicht existiert. Vor dem Richter sei dringend gewarnt. Der Stempel, ein sogenannter Nummerstempel, ist Aussehensweise und allenfalls 75 Pf. wert.

\* Automobil-Unfall. Am Heiligtümer Bahnhof wurde eine Ausruherin des Volkshauses von einem Automobil umgerollt. Die Insassen brachten die Verunglückte zuerst nach der Erziehung des Volkshauses, wo sie Wohnung hat, zum Unfallort, und luden die Frau dann nach der Klinik, wo sie verblieben und von dort nach Halle transportiert wurde. Einen größeren gesundheitlichen Schaden scheint die Frau nicht erlitten zu haben.

\* Unglück auf dem Bahnhof. Gestern mittag wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhof der Streckenarbeiter Karl D o b u s ch beim Herabsteigen der Gleise von einem Schienenwagen erschlagen und umgerollt. Dem Verunglückten wurde die Schädeldecke zerquetscht. Man schaffte ihn in die Klinik.

\* Schwere Unfall. Gestern nachmittags 1/4 11 Uhr ereignete sich in der hiesigen neuen Arbeiterstadt der Eisenbahn ein von der Brückenbauanstalt GutsMuths hier beschäftigter Monteur Georg D ü b e r, indem er 2 1/2 Meter hoch herabstürzte und von dem elektrischen Strom an der linken Brustseite angefahren und tödlich verletzt wurde. Er wurde der Klinik zugeführt. Sein Verbleiben ist unbekannt.

\* Die Überleitung der elektrischen Bahn Halle-Merseburg ist gestern abend in der Arbeiterstraße. Nachmittags eine Betriebsstörung von 20 Minuten.

**Soziales.**

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie. Die Süddeutsche Tageszeitung, das Organ der Fabrikanten, schreibt folgendes:

Die Arbeitslosigkeit der Arbeiter im Tabakgewerbe hat sich seit Eintritt der Zabaalwerke erheblich vergrößert. Wenn selbst der Monat September ein leichtes Aufblauen der Arbeitslosigkeit gebracht hat, so ist sie doch trotzdem noch beängstigend hoch. Im August kamen auf je 100 offene Stellen in der Tabakindustrie an den öffentlichen Nachweisen durchschnittlich 457 Arbeitsuchende, und zwar der Weibzahl nach wohl Arbeitslose, der Anzahl im September betrug noch immer 400. Dieses ungewöhnliche Lieberangebot am Arbeitsmarkt in der Tabakindustrie erfolgt jetzt zu einer Zeit, wo in allen Gewerben die Arbeitslosigkeit kräftig zunimmt. Besonders empfindlich leiden unter dem Arbeitsmangel die Hamburger, Bremer, die verhältnismäßigsten und höchsten Tabakarbeiter; aber auch in Berlin und im Königreich Sachsen besteht ein äußerst hartes Lieberangebot.

**Der Hanfband als „nationaler“ Wahlgeschäftsmacher.**

Zu dem famosen Wahlzirkular, das der Hanfband als ein feiner Mitglied der, macht der Vorwärts folgende Bemerkungen:

„Das deutsche Bürgerturn schuf sich, wenn man den begehrtesten Worten der liberalen Presse glauben dürfte, in den Tagen des Kampfes um die Reichsfinanzreform eine mächtige Organisation, einen Schwanz und Trugband mit Adel und Klerikal: den Hanfband. Seitdem ist einige Zeit verlossen und es geht, wie es allemal geht, wenn das deutsche Bürgerturn einen Anlauf nimmt zum Sturm wider die Burgen der politischen Junker. Von Seiten des Hanfbandes gegen die Großgrundbesitzer, gegen die Schwaupfändler verhalten sich, Deute aber entgegengesetzt, der trügliche Hanfband als ein Gegenstand zum — Reichsverband gegen die Sozialdemokratie! Er läßt den Reich rechts angefahren und wendet seine Latzhaft nach links — gegen die Arbeiterkämpfer!“

Der Hanfband erklärt hier also ganz unzweifelhaft die Sozialdemokratie für den Feind, den er besonders energisch auf bekämpfen sich berufen fühlt. Wenn der Bund glaubt, auf diese Weise Deutschland vom Joche der Junker und Klerikalen befreien und dem deutschen Bürgerturn die herrschende Stelle im Reich erobern zu können, so mag er's getrost versuchen. Wir sind sicher, daß nicht die Sozialdemokratie den Ausgang dieses tugigen Verkehrs zu beklaagen hat. Andere Klassen in Halle wird diese Kriegserklärung lediglich zu energischerer Arbeit anzuregen; der Sozialdemokratie im ganzen kann es aber nur lieb sein, jezt völlige Klarheit über die Stellung des Hanfbandes zu haben. Sie wird den Kampf mit diesem Hanffolger des politisch und moralisch distanzierten Reichsverbandes aufzunehmen wissen und mit ihm ebenso gut fertig werden, wie sie mit der Garde Lieber's fertig geworden ist. Die Arbeiter und Angehörigen haben jezt ein authentisches Dokument, das die Ungehörigkeit der Reichsregierung beweist, der Hanfband wolle auch ihre Interessen mitvertreten. Diejenigen aber, die von der Begründung des Hanfbandes eine: Wieergeburt des deutschen Bürgerturns ableiten, die in ihm, die Renaissance der alten Hanfa sehen, die Ritter und Künige niederzulegen, mögen jezt vielleicht erkennen, daß es wieder einmal nichts wert, daß das Bürgerturn es höchstens noch zur Bildung eines zweiten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zur Aufstellung einer Zunterkämpfertruppe bringt. Dazu muß sich der Hanfband mit Notwendigkeit entwickeln, sofern er es ernst nimmt mit dem Wort des Galleschen Zirkulars, daß ihm die nationalen Interessen allen anderen vorangehen. Denn bei der übersehenen Auslegung, die das viel: misßbrauchte Wort „national“ im Zirkular und sonst erfahrungsgemäß stets innerhalb der bürgerlichen Welt findet, bedeutet diese Deklaration, daß der Hanfband bei Kämpfen zwischen Junker und Proletariat allemal auf die Seite der Junker zu treten hat! Der Hanfband als Zunterkämpfertruppe, so endet das Kapitel von der Wieergeburt des deutschen Bürgerturns!“

**Aus der Jugendbewegung.**

Festzeitpunkt und Jugendorganisation. Am Sonntag beschäftigte sich in Berlin eine überfällige Jugendversammlung mit dem Politikum gegen die Jugendbewegung. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die von über 1500 Jugendlichen besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem

**Selbst Frauen klatschen**

„vor Freuden in die Hände, wenn sie Eckstein's Da Capo-Cigaretten sehen. Was mögen sie erst tun, wenn sie eine zu rauchen bekommen!“



**Eckstein's DA CAPO Cigaretten**

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Stück 3, 3 1/2, 4 und 5 Pfg. ca. 1500 Arbeiter.

Zu haben in den Zigarrengeschäften der Herren:

- Carl Bemme, Königstrasse 15.
- Ludwig Boelcke Nachf., Mansfelderstrasse 62.
- Fritz Dauer, Mansfelderstrasse 44.
- Max Drietchen, Merseburgerstrasse 48.
- Paul Drietchen, Wörlitzerstrasse 109.
- Otto Fink, Reilstrasse 60.
- Wilh. I.änisch, Merseburgerstrasse 32.
- Friedr. Hartmann, Grosse Ulrichstrasse 18.
- F. H. Heinze, Merseburgerstrasse 29.
- Rob. Hoffrichter, Gütchenstrasse 15.
- Rich. Milde, Ludw. Wuchererstr. 3.
- A. Saalfeld, Magdeburgerstrasse 64.
- Joh. Sanow, vorm. August Gross, Geiststr. 5.
- Gustav Vietzke, Geiststrasse 43.
- Wilh. Welsch, Leipzigstrasse 58.
- Gr. Steinstrasse 48.
- Glauchauerstrasse 79.

**Pulmonor**  
 „gibt's der schönsten Linderung!“  
 „Pflanzung der besten Manzanarini“  
 von H. Schlinck & Co. A. G.  
 Hamburg und Mannheim

**Wahlzettelkammern**  
 Schulstr. 10, 018, 025 Nr.  
 C. F. Ritter, Traße 90.

**Für Kusten und Heiserkeit**  
 Echt Malz-Zucker 1 1/2 Pf.  
 60 Pf. 80 Pf.

**Pfänder-Auktion**  
 Die im W. Wasserna n'schen Privat-Velohant, Hier Markt 20, verfallenen Pfänder des 2. u. 3. Dezember d. J. zur Versteigerung im Engl. Hof, Nr. Berlin 14. Einlösung resp. Erneuerung bis zum 29. November d. J.

**Kluge Frauen**  
 ? fende Frau, Verlobung, Pfänderarbeiten u. Brodeschneid. Dr. Blons-Balber bei Einlösung von 20 Wp. Marke gratis. Bitte ausfinden!  
 H. Lömer, Dresden-A., Weinstra. 1.







# 2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 274

Halle a. S., Mittwoch den 24. November 1909

20. Jahrg.

## Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, den 22. November 1909, nachmittags 4 Uhr.

Vorherr: Stadter.

**Eingänge:** Die Arbeiter des städtischen Bauamts wünschen in einer Petition die Erhöhung ihrer Löhne, da in der letzten Zeit die Arbeitskraft des Geldes stark zurückgegangen sei. Für Waren, die man früher mit 20 Mk. einkaufen konnte, mußte man jetzt 25 Mk. zahlen. Die Petenten beantragen einen Mindestlohn von 24 Mk. freitend vor jeder zu jeder Woche um 1 Mk. auf 27 Mk. Die Arbeitszeit soll im Sommer pro Tag 10 und im Winter pro Tag 9 Stunden betragen. Die Petition wird dem Referenten des Gläubigersbüros überwiesen. — Zu der am nächsten Montag stattfindenden Wahl eines Vertreter des Provinzialparlamentes für 3½ Uhr nachmittags eine Besprechungs-Konferenz anberaumt. — Stadtd. Thiele erhebt die geheime Vorberatung für sehr überflüssig, da auch im Kollegium, wo die Wahl vor sich geht, entsprechende Beschlüsse gemacht werden können.

**Folgende sozialdemokratische Interventionen soll die Tagesordnung der nächsten Sitzung gebracht werden:** Der Antrag der städtischen Straßeneinigung soll den ihm unterliegenden städtischen Straßeneinigen bei Androhung sofortiger Entlassung den Bezug ihrer Gewerkschaftsversicherung untersagt werden. — Was denkt der Magistrat dagegen zu tun?

Der Vorherr teilt dann mit, daß noch einige Eingänge eingegangen seien und im laufenden Jahre höchstens noch zwei Sitzungen stattfinden könnten. — Stadtd. Thiele merkt an, daß im letzten Protokoll die Interpellation betr. den Turnverein nicht zu kurz und inhaltlos behandelt worden ist. — Der Vorherr verweist das damit zu tun habende, daß „der“ keine Synonymen im Kollegium haben. — Darauf wird die Tagesordnung eingeleitet.

**Als erledigt** erklärt wurde die Beendigung der Ueberprüfung der Zeugnisse der polizeilichen Geschäftsämter im Hause Schmeitzler 1.

**Rechtsverhandlungen** zur Anbahnung der öffentlichen Bedürfnisanstalten pro 1909, zur Wiederherstellung pro 1909, zur Uebernahme der Werke, zur Anbahnung der Befeldungsarbeiten für die Schloß-Schmid-Sitzung und zur Befeldungsarbeiten wurden genehmigt. Bezüglich der Befeldungsarbeiten der Dampfwerke sollen aber neue Angebote eingegangen werden.

Die Gründung einer neuen Gemeindefabrik für die Käse der Gasse und Wasserwerke vom 1. April 1910 ist nicht zu beschließen.

**Über die Entlassung der Rechnung des Landwehr-Darlehens-Kreditinstituts pro 1908 und über den Bericht zur Gottesackerzählung für 1906 referierte Stadtd. Veig.** Die Entlassung wurde erteilt und von dem Bericht wurde Kenntnis genommen.

**Der Antrag betreffend den Bau von Kleinwohnungen** wurde verhandelt, da der Referent — Rechtsanwalt Herzfeld — wieder nicht erschienen war. Es wurde dem Referenten telephoniert; man sagte, er komme gleich und wartete. Als der Vorherr meinte, der Referent scheint doch nicht zu kommen, erlösten Juchze, der Herr ist jedenfalls in Landsberg-Soldin. Verschleppung der Kleinwohnungsangelegenheit bis nach den beiden Wahlen. Rechtsanwalt Herzfeld erschien auch letztendlich nicht zur Sitzung.

**Über die Entlassung der Tagesordnung** beschloß man sich mit der Herstellung eines provisorischen Dachges über dem Kuhstalle im Gimir. Es werden dazu 650 Mk. verlangt und bewilligt. — Stadtd. Thiele moniert dies und meint, man könnte bald eine Geldscheide über den Umbau des Stadtkuchens Gimir schreiben. Stadtd. G. merkt er legt den nicht als schuldigen Fall des Dachens und beteuert, der Kuhstall müsse allerdings ein Dach erhalten, damit es da nicht hineinregnet; man baut auch schon seit dem Sommer daran. Da sich aber die streitenden Künstler darüber nicht einig sind, daß der Kuhstall ein getarbes oder ein schräges Dach erhält, verzögerte sich der Bau. Der Magistrat meint ein getarbes, die Künstler wollen ein schräges Dach haben und beteuern, daß bei der Restaurierung. Letztere erlosch den Konflikt zugunsten der Künstler. Da man nun keine Einigkeit erzielen konnte, muß die Sache im Verwaltungsstreitverfahren ausgefochten werden. Und die Stadt beschloß schließlich die Kosten. So mußte man dazu greifen, ein Notdach zu schaffen. — Darauf geschlossen Sitzung.

**In der geschlossenen Sitzung** wurde über die Abrechnungsgründe der zur Eintommensteuer-Vorprüfungs-Kommission gewählten Personen befragt und die geltend gemachten Gründe für nichtig erklärt. An Stelle der Abrechnenden wurden folgende Herren gewählt:

Solomoniführer a. D. A. Thiele, Herderstraße 5 II, Kaufmann Emil Weder, Schillerstraße 39, Schulmeister Paul Pönggen, Brunnenstraße 25, Kaufmann Emil Gierler, Holzstraße 9, Weberfabrikant Julius Schulze, Alter Markt 1, Kaufmann Emil Rede, Jägerstraße 7, Magistratssekretär Louis Jungmann, Südstraße 60, Badermeister Guitav Weder, Herderstraße 35, Stadtdirektor Otto Wähl, Weinbergstraße 2, Kaufmann Otto Wähl, Weinbergstraße 25, Kaufmann Richard Kaul, Thüringerstraße 29.

## Gerechtsaal. Schwurgericht.

Halle, 22. November.

Unter dem Vorhitz des Landgerichtsrats Hebach begann heute die letzte öffentliche Schwurgerichtsverhandlung, die diese Woche in Anspruch nehmen wird. Am Tage der Rechtsanwaltschaft fällt die Sitzung natürlich aus. Die Anklage verteidigt Rechtsanwalt Wauer und als Verteidiger fungieren Rechtsanwalt Lischand, Es wurde verhandelt gegen den Arbeiter Friedrich Götting aus Dornitz, verurteilt und Vater von einem Kinde. Der Beschuldigte ist bereits wegen Mord und Stillschließensverbrechen verurteilt und verurteilt gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen Diebstahls. Er soll am 25. Juni 1898, als auf der Gasse von Hebach nach Hohenberg eine vorübergehende Arbeiterin verurteilt und hier dann aus einem Notermortuar 10 Mk. weggenommen haben. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittensgefährdung der Öffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte zu

sechs Jahren und einem Monat Zuchthaus

und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Die noch zu verhängende Strafe wurde eingedient.

## Strafkammer.

Halle, den 20. November.

Schleitzergo gen ist der schon mehrfach wegen Diebstahls verurteilte 19jährige Dienstbote Hr. der seit längerer Zeit in Bürgersorgeziehung in Zuchthaus war. Am 20. November vorigen Jahres wurde er zu einem Landarbeit in Blößen in Dienst gegeben. Er schloß sich jedoch. Als er

von seinem Dienstherrn einmal beim Gierhaken ertappt wurde, drohte er auf dessen Kommando, er wolle den alten Mann zum Knäuel schlagen. Später erwiderte er junge Zauben aus dem verurteilten Zaubenbogen und verurteilte sie. Im Juli dieses Jahres entfernte er sich unter Mitnahme von 69 Mark, die in einer Kommode aufbewahrt waren. In Merseburg schloß er sich einer „Klein“, kaufte sich einen neuen Anzug und schenkte dem Heinen Weber seiner Liebsten ebenfalls einen. Die städtischen Zeitsche trugen ihm eine Geldstrafe von sieben Monaten Gefängnis ein.

## Schöffengericht.

**Stellenvermittlung-Praktiken.** Der hiesige Stellenvermittler Gänger hatte sich von einem Verwalter, der keine Vermittlung nachgekauft hatte, einen Vorkauf von 43 Mark zahlen lassen. Das Geld verleiht der Stellenvermittler, Vorauszahlungen zu fordern, damit die Angelegenheit stillstehend nicht ausbleibe werden soll. Nach Ansicht des Verwalters war die Notwendigkeit „nicht gegeben“. Der Vermittler wurde wegen der verbotenen Vorkaufsumme zu 5 Mk. Geldstrafe verurteilt.

## Aus den Nachbarkreisen.

### Mansfelder Streitjuzt.

Haben wir gestern die unverständlichen, allen menschlichen Begriffen hohnsprechenden Urteile des hiesigen Schöffengerichts registriert, so soll hier ein Vorgang vor dem Schöffengericht in Giesleben folgen:

Das die Gieslebener Richter aus demselben Holz geschliffen sind, ist wohl klar, vornehmlich aber hat der Ankläger Streicher, der hier in Giesleben den Vorhitz führt, des öfteren schon gezeigt, wie er Angeklagte behandeln zu können glaubt, die im Kampfe zur Erlangung besserer Lebensbedingungen stehen. Er fällt eben Urteile, die mit der öffentlichen Meinung weit auseinander gehen. In Giesleben wäre eine Abweisung des Herrn im ersten Urteile geblieben. — Der Verurteilte zu 12 Jahren hiesiger Gefängnisstrafe beantragt einen Strafstoß von 20 Mk., weil er der Aufforderung der Gieslebener Fremden aus Banskoben und Wege aus Schraplau, zu gehen, seine Folge geleistet haben sollte. Der Angeklagte trat am 12. Oktober auf der Straße einen Bekannten, der ihm von seinem Sohne in Hannover Mitteilung machte. Die Bekannten forderten ihn auf, weiterzugehen. Er will auch sofort dem nachkommen sein, aber die Bekannten beschworen das Gegenteil, und es blieb bei der Strafe. Rechtsanwalt Landsberg drückte, daß der Angeklagte sich nicht entfernen müssen, wenn der Bekannte einwies, eine Verurteilung des Bekannten finde statt. Aber etwas anderes ist es, wenn die Bekannten noch einen anderen Befehl ihrer Ehre handeln, ihren Ehrentitel verlieren. Deses für sich nach der Aussage der Bekannten über den Fall und die Verurteilung erfolgen auf Grund eines Schöffengerichtsurteils der Streitjuzt. — Aber in Streitjuzt haben wir von dem Gieslebener Schöffengericht noch kein freisprechendes Urteil unter dem Vorhitz Streichers gehört.

Der nächste war ein Bergmann aus Heista, der 15 Mk. bezahlen sollte, weil er einen Haufen Kartoffeln auf Auflockerung einer Militärpatrouille nicht schleunigst verlassen haben sollte. Der Angeklagte war am 29. Oktober inspizieren gegangen und hatte sich um die plauen Häuser bei Heista niedergelassen, um auszurufen. Dem Vorhitzenden wollte es nicht einleuchten, daß sich ein Streitjuzt auszurufen brauche und fragte eindringlich, wozu er sich denn ausrufen wolle. Aber der Angeklagte wußte es, er leidet öfter an Atemnot. Er meinte, wenn er gewußt hätte, daß hier alles so hart genommen werde, er würde ausgerufen sein, und wenn er nur ein halbes Weizn gehabt hätte, die Bergleute gar nicht hinter an einer Stelle gefahren hätte, die Bergleute gar nicht hinter. Es sei ein Militärpatrouille gekommen, habe ihn verhaftet. Er auf den Schacht gebracht, weil jemand von fern geäußert habe: „Berhalten, verhalten!“ Der als Zeuge erwähnte Gefreite Karl Neumann (Heimatsort Bennigsen) sagte aus, daß er den Angeklagten bei der dritten Aufforderung auch schon verhaftet habe. Der Soldat hätte doch eilt laufen müssen, ob dieser Aufforderung fahrgelassen wurde. Der Hauptmann habe dies befohlen, außerdem soll ein Sergeant schon den Angeklagten aufgefordert haben, was dieser aber bestritt. Der Anwalt beantragte Aufrechterhaltung des Strafmaßes, der Angeklagte mußte sich damit content, daß Ausnahmezustände in solchen Zeiten nötig sind. Der Verteidiger weist darauf hin, daß nach der angelegenen Verurteilung von Bekannten der Polizei und Gendarmen die Weisung ist, nicht aber von Soldaten. Er beantragte Freisprechung. Das Gericht setzte die Strafe auf 5 Mk. über das Militär zur Unterbindung der Polizei herbeigerufen sei. Auch nehme das Gericht an, daß es sich um einen öffentlichen Weg handele, wo der Angeklagte sich hingefügt habe. Dieser hatte mit Bestimmtheit den Weg als einen privaten bezeichnet. Da vor dem Soldaten war man im Streitrevier nicht einmal auf dem Abort hinaus.

Als dritter Verurteilter mußte sich der Bergmann Paul Dille aus Hehra verantworten, der ebenfalls dem bezichtigten 153 zum Opfer fiel. Dille sollte am 19. Oktober dem Bergmann Guitav Wüchel aus Hehra die Worte zugehört haben: „Ich las müßte man antreten, Du müßte mit mir ins Gericht laufen.“ Der Angeklagte behauptet, er hat alle Urteile nicht gehört, die Dille meinte sich in seiner Verurteilung zu haben. Dille meinte sich in der Nähe von Hebra zu haben, das noch nicht Streitjuzt in der Nähe von Hebra, da es auch manchmal machte. Aber er habe gerufen, noch habe er von jemand anders diese Worte gehört. Der Zeuge Wüchel ist in seinen Angaben außerordentlich schwach. Zunächst schränkt er seine protokollierten gemachten Angaben sofort ein, da er nicht gehört habe, daß das Wort „las“ gefallen sei. Auch wolle er nicht bestimmen behaupten, daß es Dille gewesen sei, der die betreffenden Worte gesprochen habe, es könne auch ein anderer gewesen sein. Nur die Stimme sei ihm als die von Dille bekannt. Nun aber hat er sich ein, weil sich sofort gegen Wüchel, den Mann mit dem Wüchel verurteilt, er solle nur sagen, ob es Dille gewesen sei, er habe es doch angegeben, worauf ein halbes Ja erfolgte; daraus leitete der Vorhitzende sofort eine bestimmte befristete

Antwort, was vom Verteidiger mit Recht angefochten wurde. Dabei gab der Zeuge selbst an, daß er nicht genau hingehört habe, wie viel Personen dort waren, er sei fünf hingeweggegangen. Er beschwor, daß Dille allein gefahren habe, während die anderen auf dem Giebelen lagen. Danach ist den Befragten nichts verblieben. Nun aber wurde ein Entlassungsbegehren vernommen, der bei dem Vorgang zugegen gewesen war. Aus Gerichtsschluß wurde er verurteilt. Der Verteidiger hatte die Ausübung der Freisprechung für geboten erachtet, weil Milderung in Frage kommen konnte. Nach Verurteilung des Beschäftigten schloß sich eine lebhaft geführte Debatte zwischen den Vorhitzenden Zeugen und Rechtsanwalt Dr. Landsberg. Letzterer hatte auf eine Reichsgerichtsentcheidung hingewiesen, die das Gegenteil des Gerichtsbeschlusses in Sachen der Freisprechung des Zeugen sage. Der Vorhitzende fragte, wo dies liege. Dr. Landsberg sagte sich dazu nicht verpflichtet, darauf zu antworten, sondern erwiderte, da man werde das Gericht auf das auf seinen Bericht legen, das könne ein jeder sagen, ohne Angaben zu machen. Dr. Landsberg verbat sich diesen Ton. Vorhitzender Streicher erwiderte nochmals um Angabe der betr. Entscheidung, worauf der Verteidiger erwiderte, nein, Ihnen sage ich es nicht! Der Vorhitzende habe Zweifel in seine Worte gesetzt, da könne er sich nicht weiter mit ihm einlassen. Er sage nie etwas, was er nicht beweisen könne, er betrachte die Worte des Vorhitzenden, das könne ein jeder sagen, als beliebig. Der Vorhitzende erklärte, dies nicht beabsichtigt zu haben. Es beginnt die Vernehmung des Zeugen. Dieser weiß davon, daß die Worte vom Hohen gefallen sind, Dille habe sie nicht gerufen, das liege bestimmt. Die Vorhitzende unterbreche dem Zeugen die einmal gegebene, er müsse nicht es gehört haben, ebenso wie er nicht es gehört habe, trotz der Lösung mit dem Bekannten zusammen. Dem unklaren Anhalten des Zeugen gegenüber hält es der Vorhitzende für nötig, die bestimmte Aussage des Entlassungszeugen protokollieren zu lassen. Der Anwalt beantragte beantragte der Wochen Gefängnis. Dr. Landsberg hält eine glänzende Verteidigungsrede. Ausgehend von den durchaus unmissigen Aussagen des Zeugen Wüchel gegenüber den durchaus bestimmten Angaben des Zeugen Cupe, die mindes ein negatives Ergebnis haben müßte, also Freisprechung geboten sei, führte er weiter an, daß der 153 deswegen nicht angedeutet werden könne, weil der Angeklagte den Vorhitz nicht durch die angefochtenen Worte 153 vernommen, an einer Verurteilung teilzunehmen, wie der Bekannte zu bezeugen, sondern höchstens zu einem positiven Verhalten zu bezeugen. Solche reinen Unterstellungen sollen nicht unter dem Vorhitz. Der Mansfelder Streit ist nicht etwa entfallen, um Forderungsbefreiung durchzuführen, sondern um ein gesetzliches Recht ausüben zu können, und um die 45 Mann entlassener Bergleute zu lassen. Der Verband verfolge Ziele politischen Zweck. Terrorismus sei es allerdings gewesen, daß man die 45 Mann aus der Arbeit entlassen sollte. Strafbar sei es aber nicht, aber auch das Vorgehen des Verbandes sei berechtigt. Man brauche nur an die Anschauungen der gebildeten Stände zu denken. Letzte, die nicht dem gegen. Zeitiger Verband angehören und die Behandlung der Arbeiter übernehmen, sie haben eben Schöpfung, die ihre eigenen lassen müssen, es werden immer Zeugen geben, die ihre Meinung über die bei den Schichtenden, so solle man nicht so leicht mit den Urteilen ins Gericht gehen, die über weniger Bildung verfügen. Er beantragte Freisprechung. Der Anwalt nahm nochmals das Wort und erklärte den Entlassungszeugen für ungläubig, weil er Streitjuzt sei; er nehme es mit der Wahrheit nicht so genau. Der Arbeitswille dagegen sei ein Ehemann und habe die Wahrheit gesagt. Dann glaubte der Herr, dem Verteidiger rügen zu müssen, weil dieser das Wort „indistabel“ gebraucht hatte. Er meinte, die Gerichtsprache sei die deutsche. Deshalb sollten Einwürfe gegen jene Ausführungen in der Sprache gemacht werden, die er auch verstehen konnte, seine Freisprechung. Die ferner Ironie dankte Dr. Landsberg dem Herrn Anwalt (Freisprechung dieser Gerichtsbeschlüsse) für die Behauptung. Es sei nicht seine Schuld, wenn das Wort „indistabel“ aber um Gerichtsbeschlüsse gehöre. Das Wort bedeute — damit der Anwalt es wisse — soviel wie zur Erörterung nicht geeignet. Er beantragte Freisprechung. Es eine ganz niedrige Strafe. Das Gericht bestrafte den Angeklagten mit einer Woche Gefängnis. Der Zeuge Cupe habe sich hergeleitet und direkt die Unwahrheit bezeugen. Wüchel verdiene vollen Glaubens. (Aber natürlich, das ist bei den natürlichen Elementen immer der Fall!) Dieser sei arbeitswilling, der erlere sei Streitjuzt.

Die geradezu ungläubigen Zeugnisse des Gerichtshofes und der Anklagebegehren müssen das Vertrauen jedes unparteiischen Deutschen erregen. Die Art der Verhandlungsführung seitens des Amtsrichters Streicher fordert zur schärfsten Kritik heraus. Es bedarf sich aufs neue der Aussprüche, daß die deutschen Arbeiter zwar das Koalitionsrecht haben, aber wenn sie es ausüben, werden sie bestraft. Hier in Mansfeld wieder sogar schon der Verhitz, seine Arbeitsblätter für die Rechte, die ihnen garantiert werden, zu interessieren, mit schweren Gefängnisstrafen belegen. Nur weiter so, und die erhoffte friedliche Ruhe wird sich in das Gegenteil vermindern. Die herrschenden Klassen befragen so unbewußt für uns die beste Agitationsarbeit. Das Annehmen der Verhitz des Volksblattes von einigen Hundert auf fast hunderttausend ist der beste Beweis für das Erwachen des Klassenbewußtseins der lange gedrückten Mansfelder Arbeiterkraft. Und rufen wir deshalb aus: Es leben unsere Freunde, die sind!

**Dr. Mansfelder gegen die Allgemeine Zeitung.**  
Ueber die von dem „Vornehmen“ Blatt an den streifenden Parteiarbeitern verübte grobe Beschimpfung wird uns noch geschrieben:  
Heute wurden mit zwei Beilagen, Nr. 266 und 270, der Halle'schen Allgemeinen Zeitung auf dem Tisch gelegt, welche

Als in längeren Artikeln mit unferem Manufaktur Streit befaßt. Ich kann es aber als Manufaktur Bergmann nicht unterlassen, die gewogene Stellung zu nehmen. Ich erkläre das Geschick als dumm, nicht und freige Wägen, was da über den gewissen Wohlstand und die Tugend der Bergarbeiter geschrieben wird. Denn diese Artikel sind nur zu sehr dazu angelegt, uns Manufaktur in der Öffentlichkeit zu verächtlichen. Ich möchte den Herrn Mitarbeiter genannten Blattes mal zu mir bitten, um ihm die heilige Wahrheit zu beibringen. Ich behaupte, daß das, was er über die langjährige Erfolglosigkeit der Sozialdemokratie schreibt, nicht die Treue zur Gemeinschaft, sondern die Inechnität der Furcht vor dieser und der eigenen Kameraden war. Die Verdrehung mit der Hungergeißelung zwingt die allermeisten Knappen, dem Reichsteuern Beizuge zu leisten. Weiter heißt es, daß der Reichsteuern Verband außer eine harten Unterhaltung nicht hat. Das ist alles Gerede, er hat schon eine gewisse Einnahme. Es heißt weiter, der Schöpfung Vater ist der Staat und die drei bis vier Tausend Jahre leben von den Straßengroßen. Es ist mir von den Frauen solcher Väter in der Welt bezeugt worden, das sie während des Streiks besser unterhalten konnten, weil der Lohn ihrer Söhne nicht für ihren und Kleidung gereicht habe und sie auch die viele Arbeit, welche ihm nicht gehabt hätten und sie deshalb mindestens ebenso gut auskommen wären. Was von Ader und Vieh da erzählt wird, so mögen die Leute, die das glauben, einmal die Viehhändler und Kaufleute fragen, wie viel Hunderte von Mark sie in den Monatsblättern haben, wegen den Viehhändlungsobjekten der Viehsteile. Es ist eine Schmach, wenn dem Bergmann sein Vieh, das er in den zu migen freien Zählern, die er hat, die beiden nach, noch mit 8 bis 12 Mark im Monat zu verkaufen muß. Die Nacht beträgt 45 bis 50 Mark und gearbeitet hat der Arbeiter das ganze Jahr umsonst.

Auch ist es nicht wahr, daß die Streikleitung zu und gelang hat, die Gemeinschaft muß sich in Ruhe ergeben. Wohl aber hat sie gezeigt, daß sich die Leitung der Gemeinschaft an diesem Punkt nicht die Hände verzeihen wird, und daß sie unter der Meinung auch weiter heißt es: Die unbestimmte Ungewissheit lasse ihre Sympathien uns gegenüber erkalten, das ist direkt erlogen, sie bekräftigt uns täglich ihre Sympathien, denn auch sie hat unter dem Zufuß zu leiden gehabt. Das beweisen am besten die vielen freiwilligen Geldspenden, welche bei den Streikbreuereien eingegangen sind. Sie sagt einfach, hat der Bergmann was zu essen, da haben auch mit was zu kochen.

Es ist nur banal, daß es solche Wackelungen gab, die zum Streikführer wurden und solche, die Leute anzuwerben suchten. Doch das sind wohl nur Begleiterscheinungen und die zeitlich jeder Streit. Denn mich ist der Streit mit dem deutsch-französischen Krieg verfallen. Wir alle wissen auf welcher Seite die Erfolge des Krieges sowie des Streiks zu finden sind. Der unbedingte moralische Sieg ist uns zugesprochen und nicht dem Militär. Zeug das etwa von Moral, wenn auf einen anständigen Mann, welcher Flugblätter trägt, die den Streikabbruch verurteilen, Feuer! kommandiert wird? Ich glaube doch wohl nicht. Zur Unmöglichkeit waren wir verurteilt, aber wir haben uns in der ersten Zeit erholt. Wenn wir schon so gut organisiert gewesen wären, wie der Arbeiterverband, so hätten wir 2000 Menschen unterworfen: unter ihnen können großer Wahnsinn ist es denn behauptet wurde, wir hätten auf 8 Mill. Schicksallose geholt. Zum Schluß heißt es: Auf Jahre hinaus ist das alte, ebene Manufaktur Leben jetzt, das das Schmarotzertum, was in den reichstrüben Vereinen keinen Rückhalt mehr finden. (Es ist, als es noch länger reichstrüben Manufaktur Mangel zu sein. Auf den ersten Fall hielt kein Raum.)

Unser Kampf war ein Kulturkampf, das um hoch die Solidarität! B. Kr., Algeleide.

Bev. Judooff auf Zahlung von 43 Mt. Bohn wegen kündigungsfähiger Entlassung. Wortmann hatte eine Nachwoche bei einem Manufaktur. Es wurden keine weitere Arbeit mehr gemacht. Er wurde am 1. März und deshalb nach Beirathung nachpasse ging. Als er am anderen Morgen nach dem Beirathung ging, fand er den Schlüssel zum Beirathung nicht da, wo er sich sonst befand; er ging wieder fort und kam wieder, aber ein Schlüssel war immer noch nicht da. Am Nachmittag, als er sich dann nach dem Beirathung ging, fand er endlich den Schlüssel, so kam er seine Entlassung. Der Beirathung gab einen Beirathung vor dahinzu gehen, dem Kläger für entgangenen Arbeitsverdienst 10 Mt. zu zahlen und ihn noch bis zum Ablauf der 14-tägigen Kündigung zu beschäftigen. Herr Judooff wollte den Kläger wohl noch bis ins Amt auf der Kündigungsfähigkeit beschuldigen, aber auf Zahlung eines Entschädigung ließ er sich abtun nicht ein. Das Urteil lautete: der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 43 Mt. zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Beitrag, 23. November. Zur Stadtverordnetenwahl. Um mit dem alten Stimm zu brechen, daß die hierge arbeitende Bevölkerung sich von den von der Gemeinschaft vorgeschlagenen Beirathung und Stimmern im Stadtparlament vertreten lassen will, sind am Sonntag im Viehhof Hof hierseits eine starbühnliche öffentliche Wählerversammlung statt, die zu den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen Stellung nahm. Nachdem Herr Sonnmann Judooff und Ziel der Versammlung erläutert hatte, wurde zur Wahlung der Kandidaten geschritten. Es wurden zum Anfang aufgeführt der Gaußner Robert, Sonnmann und der Mutter Hermann Judooff. Beide sind mit den städtischen Verhältnissen sehr vertraut und sind fähig über das Wohl der Stadt mit zu beraten. Es liegt nun in der Hand der Wähler, daß beide Kandidaten am 26. November mit großer Mehrheit gewählt werden.

Beitrag, 23. November. Zur Stadtverordnetenwahl. Die beirathung das Heiligtum zeitige, daß unter Genosse Wenzel der Ziel gleich im ersten Wahlgang errang, während die Genossen Judooff und Sonnmann mit den Stimmen in der Stichwahl um den Sieg nach zu streben haben, ist nachzutragen: Mitwischen Wenzel mit den Stimmen der Judooff, Judooff um Wahl gezwungen hat, geht aus der Tatsache hervor, daß jeder Beamte und Arbeiter der städtischen Betriebe einen Anruf, zur Wahl zu gehen, nebst Stimmzettel per Post zugestellt erhielt. Außerdem wurden diese Anrufe in allen Häusern ankommen um, ausgesetzt; auch konnten in den Wahlräumen jeder höhere Beamte, wie von den Beamten kam und wie er wählte. Außerdem wurden die Beamten teils direkt, teils indirekt aufgefordert, zur Wahl zu gehen, denn für Wählung wurde reichlich gelogt, und inlogelassen haben sich die Beamten gemeldet. Den unwürdigen Trude Judooff zu geben. Und so sind zur Wahlung der Kandidaten geschritten. Die Sozialdemokratie. Wie der Druck der Stichwahl ausgeht werden wird, kann man sich leicht ausmalen. Sollten aber die zwei Beamten zur Stichwahl doch durchkommen — was durch lebhaft Gegenagitation seitens der Arbeiter unmöglich ist — insolge des unglücklichen Terrors, dann können sich diese wohl daran setzen, die Arbeiter nachher von dem Terroristen der Sozialdemokratie. Wie der Druck der Stichwahl ausgeht werden wird, kann man sich leicht ausmalen. Sollten aber die zwei Beamten zur Stichwahl doch durchkommen — was durch lebhaft Gegenagitation seitens der Arbeiter unmöglich ist — insolge des unglücklichen Terrors, dann können sich diese wohl daran setzen, die Arbeiter nachher von dem Terroristen der Sozialdemokratie.

Beitrag, 23. November. Das Ende des Bierkrieges. Eine Volksversammlung sollte nach einem Referat des Genossen Rade folgende Resolution: Da die hiesigen Brauereien den Preisauflauf immer reizbarer haben, daß den Wirten die Möglichkeit gegeben ist, das Biererzeugnis Lagerer um 1/4 Pfennige zu verkaufen und die Wirten nachher von dem Terroristen der Sozialdemokratie. Wie der Druck der Stichwahl ausgeht werden wird, kann man sich leicht ausmalen. Sollten aber die zwei Beamten zur Stichwahl doch durchkommen — was durch lebhaft Gegenagitation seitens der Arbeiter unmöglich ist — insolge des unglücklichen Terrors, dann können sich diese wohl daran setzen, die Arbeiter nachher von dem Terroristen der Sozialdemokratie.

Beitrag, 23. November. Ein recht beherzlicher Unfall. Als ich in den letzten Tagen der Zeitung las, ereignete sich in der Nähe von Berlin ein Unfall, der die Aufmerksamkeit der Arbeiter verdient hat. Ein Arbeiter, der sich in der Nähe von Berlin befand, wurde von einem Wagen überfahren. Der Unfall ereignete sich am 23. November. Ein Arbeiter, der sich in der Nähe von Berlin befand, wurde von einem Wagen überfahren. Der Unfall ereignete sich am 23. November.

Beitrag, 23. November. Die Zeitungs-Kommission besteht aus folgenden Genossen: Fried. Christ, Karl Dellbrunn, Moritz Roumann und Fried. Gebhardt. Sämtliche Mitglieder über das Wohlstand sind an letzteren Genossen zu richten. Als Zeitungs-Kommission fungiert: Genosse Wenzel und ein anderer Arbeiter, der die Zeitungen für sämtliche Parteien und Gesellschaften besorgen soll.

Beitrag, 23. November. Wahlfrage. Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurde in der dritten Abteilung der Genosse August Gerlach mit 91 gegen 67 bürgerliche Stimmen gewählt.

Beitrag, 23. November. Selbstüberlauf durch Feuer. Die Gehrtra Hofgasse hatte in einem Anfall von Selbstmord in Abwesenheit ihres Mannes am dem Hohen Bavier, Holz und Strohdach zusammengefallen, mit Petroleum begossen dann angezündet, bis auf den Grund einstrich und in die Klammern geschick. Unter dem Einsturz stand, wobei er sich einen Arm, ein Bein und die Straße gestürzt und seine um Hilfe. Die Nachbarn eilten herbei, erstickten die Klammern und brachten die unglückliche Frau in Sicherheit, und das Feuer konnte im Entzünden gebämpft werden. Die Bedauernswerte hat vor der Zeit an ihre Verwandten und Kinder geschrieben und sie von ihrem Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Sie wird wohl schwerlich mit dem Leben davonkommen.

Beitrag, 23. November. Die Vaterland magst ruhig sein, in Leiden. Ich jetzt ein Arbeiterverein. Ich diesen Gedanken wird sich mancher Patriot, seit langer Zeit zum ersten Male wieder, beruhigt ins Bett gelegt haben. Wie es aber möglich geworden, wird mancher fragen, was in dem Orte, der bei der letzten Reichstagswahl präsent, die meisten sozialdemokratischen Stimmen aufzuweisen hatte, ein solcher Verein entstehen konnte? Nun, der Direktor der Emanuelgrube Herr Stuger, will, daß seine eigene Nervenlebensversicherung nicht im Kleiderbügel verblende. Aus diesem Grunde gründete er obengenannten Verein, welcher aber zu seinen Mitgliedern nur Leute zählt, die unter dem Kommando des Herrn Stuger stehen. Es sind von diesen mehren die meisten, die nur gemungen sich entschließen. Als auch einigen unterer Genossen das Anerkennen gemacht wurde, dem Verein beizutreten, wurde dieses abgelehnt mit den Worten: Wir haben nicht Lust dem General Spitz das Einkommen zu erhöhen, worauf ihnen erwidert wurde, es wäre immer noch besser, Spitz etwas zuzumuten zu lassen, als Bebel, welcher in Lombei schon 98 000 Mt. überlich

erhielt. Der Nordpolitzer scheint beim Reichsverband in der Schule gelehrt zu sein. Berlin, 23. November. Grobsteuer. Die Schiffahrt Gebr. Schenkler in Koblitz an der Elbe ist von einem Grobsteuer heimlich geladert worden. Die Fischerei und Drecherei sind vollständig beiseite gebracht. Um die Arbeiter der gerührten Fabrik vor Arbeitslosigkeit zu bewahren, werden sie in anderen Betrieben beschäftigt werden.

### Gewerkschaftliches.

Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe sind nach einer Publikation des Arbeiterbundes für das Baugewerbe vollständig ergebnislos beendet worden, da eine Verhandlung über die Abänderungsanträge unter den Parteien nicht erzielt werden konnte. Die meisten Anträge der Arbeiterorganisationen sollen für die Arbeitgeber völlig unannehmbar sein, andererseits haben die Arbeitnehmersinnliche gegen die Forderungen der Arbeitgeber, welche sich auf die Regelung der Arbeitszeit, auf die Sicherstellung der Arbeitskraft, die Agitation auf den Baustellen, die Regelung der Arbeitsnachweise beziehen, den stärksten Widerspruch erhoben. Die Verhandlungen sind jedoch nicht völlig abgebrochen. Im Laufe des nächsten Monats sollen weitere Verhandlungen in den einzelnen Berufs- und Ortsverbänden stattfinden, in denen die für jeden Beruf besonderen Bestimmungen über Lohnhöhe, Einteilung der Arbeitszeit, Kündigung usw. erörtert werden sollen. Bei dieser Situation ist allerdings zu befürchten, daß es im Frühjahr des nächsten Jahres zu schweren Kämpfen im Baugewerbe kommt. Die Bauarbeiter-Organisationen sind für diesen Fall gut gerüstet. Jammern bleibt es noch die vornehmliche Aufgabe der Bauarbeiter, in dieser kurzen Zeit für eine kräftige Stärkung ihrer Organisationen nachhaltig zu wirken.

### Wichtig, Bauarbeiter!

In Verdrag treten die Bauarbeiter bei der Firma A. Wollitzow in K. O. Die Firma läuft in Deutschland Bauarbeiter, Monteur, Arbeiter, Zimmerer, Tischler, Klempner, Klempner und Galanteriearbeiter. Gehe niemand nach dort!

### Allerlei.

#### Die Toten von Qionis.

London, 23. November. Aus Qionis wird telegraphisch, daß gestern keiner der eingeschifften Lebenden mehr gerettet werden konnte. Bisher sind 92 Tote und 20 Lebende geborgen. 198 Tote noch, man hofft noch immer, einige von ihnen lebend zu retten.

#### Opfer der Arbeit.

Megensburg, 22. November. Die der Megensburger Anzeiger meldet, ist bei den Ausstellungsarbeiten ein großes Unglück zusammengestürzt. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt.

Berlin, 22. November. In den Maschinen- und Karosnagewerken G. m. b. H. in der Heindensdorferstraße 113 hat sich heute morgen eine schwere Unfallschicksal ereignet, der eine junge Arbeiterin sofort erlegen ist, während ein Werkmeister und ein anderer Arbeiter schwere Verletzungen erlitten haben. Der Werkmeister ist seinen Verletzungen inzwischen erlegen.

#### Gerettete Schiffbrüchige.

Munich, 22. November. 23 Passagiere und 36 Mann der Besatzung des verbrannten Dampfers S. Croix sind in Boaten gerettet worden. Eine Kanit ist durch die Kältblütigkeit der Offiziere verlohren worden. Die Schiffbrüchigen landeten in Duna unweit von Rio de Janeiro.

#### Schnee Sturm.

Petersburg, 22. November. Ein fürchterlicher Schneesturm herrschte auf dem Balaogaj. Mehrere Boaten gingen unter, wobei eine Anzahl Arbeiter ertranken, auch einige Kinder kamen um.

#### Ein Unfallschick.

Darmstadt, 22. November. Wübliche Gänse verlor sich der Stredde Kammerheim-Weingeh in unmittelbarer Nähe von Kirchheim, einen Zug zum Entgessen zu bringen. Die Vögel hatten durch Abtragen der Stäben auf einer Straße von acht Metern die ganzen Schienen freigelegt. In der Gitterstange hatten in der vergangenen Nacht die gefährliche Stelle überflutet, geriet der ganze Zug ins Schwanen. Nur der Gefährtegenwart des Lokomotivführers, der den Zug sofort zum Halten brachte, ist es zuzuschreiben, daß kein weiteres Unglück geschah.

#### 175er.

Widapeß, 23. November. In einem heftigen öffentlichen Bade sind 24 Männer und Knaben während einer Orgie von der Polizei verhaftet worden. Die Untersuchung stellte fest, daß hier eine förmliche Organisation der Homosexuellen bestand.

#### Ein neuer Unfallschick.

Paris, 22. November. Die Genossenschaft, welche gestern den Flugverboten Bauhaus beheimoteten, haben mit Präzisionsapparaten festgesetzt, daß der Wassertier eine Höhe von 600 Meter erreicht hat. Pausan hat damit den bisherigen Weltrekord geschlagen.

#### Der Vulkan Ausbruch auf Teneriffa

Madrid, 22. November. Die letzten Nachrichten über den vulkanischen Ausbruch des Pic von Teneriffa lauten dahin, daß ein riesiger Lavastrom sich ziemlich ruhig gegen Santiago wälzt. Der Materialabdruck liefert reich froh, da bei getrennt auch ein Stein- und Achenregen niedersch.

### Für den Reichstags-Wahlfonds gingen ein:

Beim diesen Wilhelm gemeldet durch D. 250; auf Wite 466 (8. Distrikt) 4.80; auf Wite 308 (2. Distrikt) 6.20; Altenburger Kreis (Schömann) 1.20; auf Wite 393 (18. Distrikt) 3.90; auf Wite 394 (18. Distrikt) 3.10; auf Wite 395 (18. Distrikt) 1.05; von Sozialisten gemeldet 150.—; auf Wite 391 (Distrikt) 3.10; auf Wite 408, gemeldet in der Verammlung bei Notiz 13.10; auf Wite 387 10.—; auf Wite 114 (10. Distrikt) 5.50 Mt. Sitzungsbücher vom Metallarbeiterverband 5.— Mt. Reimand.

#### Quittung.

Für Parteizwecke: 4. Distrikt (Lamb) 0.90; 12. Distrikt (Stahl) 2.20 Mt. Reimand.

**Einen Augenblick, Dr. Thompsons Seifenpulver**

verehrte Hausfrau, wollen Sie bitte folgendes aufmerksam lesen: Nicht nur für die Wäsche, sondern auch zur gründlichen und bequemen Reinigung der Fußböden, Türen, Fenster, Geschirre

eignet sich — wie bekannt — vorzüglich das garantiert unschädliche

Dr. Thompsons Seifenpulver

1/2 Paket 15 Pfennig.

Sell 30 Jahren überall erhältlich



Gea. gesch.



Wahlbezirk	Umfahrt	Wahllokal	Wahlvorsteher, Herr:	Wahlvorsteher-Stellvertreter, Herr:
50	Gr. Brunnenstr., Kl. Brunnenstr., Falkstr., Körnerstr., Eichendorffstr., Richard Wagnerstr. 1-50, Rosenstr., Triftstraße 30-39	Turnhalle der Schule Gr. Brunnenstr. 5 Turnhalle der Schule Friedenstr. 33	Rektor Ernst Schneider, Gr. Brunnenstr. 2 Gymnasial-Oberlehrer a. D. Rudolf Nienu, Richard Wagnerstr. 31 Baumtr. Theodor Lehmann, Advokatenweg 8	Instalateur Hermann Bude, Gr. Brunnenstr. 23 Architekt Georg Weber, Rich. Wagnerstr. 25 Fabrikbesitzer Hugo Reichardt, Advokatenweg 9
52	Advokatenweg 1-35, Ernestusstr., Gartenstr., Gr. Gosenstr., Kl. Gosenstr., Reichardtstr., Schleifweg, Triftstr. 1-19 und 30-35	Restaurant Burgtheater, Gr. Gosenstr. 12		
53	Adolfstr., Advokatenweg 36-48, Böttstr., Burgstr. 27-47, Händelstraße Lafontainestr., Kottstr., Mühlweg 1-15, Reifstraße 1-13, Richard Wagnerstr. 60, Koonstr., An der Steinmühle, Steinmühle, Stephanstr., Biforziaplatz	Hotel Langhammer, Händelstr. 1	Kaufmann Wilhelm Gramm, Reifstr. 1	Glasfenstermeister Richard Kemmer, Händelstr. 28
54	Galgenberg, Gneisenaustr., Mohlführerstr., Kurfürstenstr., Leopoldstr., Metzgerstr., Reifstr. 14-32 und 67-134, Stadestraße, Dorfstr., Friedenstr.	Restaurant Klamroth, Reifstr. 130	Kaufmann August Nauendorf, Reifstr. 131	Musiklehrer Louis Beyer, Reifstr. 37

Am Donnerstag den 25. November, abends 8 Uhr, am Vorabend des Wahltages, finden seitens

der sozialdemokratischen Partei,

soweit derselben größere Lokale zur Verfügung stehen,

# Versammlungen

statt:

In Halle: Im Volkspark, Burgstraße 27, im Konzerthaus, Karlstraße, im Legten Dreier, Merseburgerstraße 32.

In Kröllwitz: im Lindenhof, in Ammendorf: im Burgschlößchen, Burg b. Radewell, in Trotha: im Trothaer Schlößchen, in Nietleben: im Gasthaus zur Sonne.

In Dölau findet bereits am Mittwoch abend im Gasthaus zu Dölau eine Versammlung statt. Referent: Redakteur Fritz Kunert.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen, bei vollständiger und unbeschränkter Redezeit der Gegner:

## Wahl-Kampf oder Wahl-Schwindel.

Referenten in diesen Versammlungen sind folgende:

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <b>H. Albrecht</b> , Reichstags-Abgeordneter.  | <b>H. Drescher</b> , Bezirks-Sekretär. | <b>P. Hennig</b> , Redakteur.                |
| <b>Fr. Kunert</b> , Redakteur.                 | <b>D. Niebuhr</b> , Redakteur.         | <b>D. Stücken</b> , Reichstags-Abgeordneter. |
| <b>G. Schöpflin</b> , Reichstags-Abgeordneter. |  |  |

Einen zahlreichen Besuch dieser Versammlungen in allen Orten erwartet

**Der Einberufer.**

### Sozialdemokratischer Verein Distrikt Hohenleipisch.

Sonntag den 27. Novbr., abends 8 Uhr im „Gasthof zur Weintraube“:

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Religion und Sozialdemokratie. Referent: Genosse Reichard-Bachwitz, 2. Berichtlesen.  
Bühnen-Vorstellung sieht entgegen  
Der Vorstand.

### Orts-Krankenkassell, Eisleben

Montag den 29. November abends 9 Uhr in der „Bierhalle“

**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vorstandswahl. 2. Wahl der Revisoren für die Jahresrechnung 1909. 3. Berichtlesen.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Der Vorstand.

### Orts-Krankenkasse III, Eisleben.

Sonntag den 27. November 1909 in „Fogits Restaurant“, Zeigingstraße

**General-Versammlung.**  
Tagesordnung: Neuwahl der erkrankungsgemäß ausgeschiedenen Mitglieder.  
Der Vorstand.

### Zeith. Schützenhaus. Zeith.

Freitag den 26. November kommen die berühmten und einzig dastehenden **Leipziger Geidel-Sänger** mit vollk. neuem, hier noch nie gehörtem **Stimm-Programm**. 11. u. 12. Neu-Auftritte b. umherirrenden italienischen **Bliton-Virt. Liberaio de Dominicis**. Neu-Auftritte des besten deutsch. **Tanz-Karrikatur-Summariten Max Wolf**, sowie die beiden **Erst-Geheimnisse „Kackhohstrolche“** und **„Die Mams“** oder **„Der betrogene Witton-Virt.“** **Feiner Ball von der Stadt-Kapelle.**



**Eine ganze Armee** Kinder ist angeschlossen mit **Karl Koch's „Nähr-Zwieback“**, denn derselbe ist sehr wohlschmeckend, besitzt höchsten Nährwert, liefert d. Körpererhaltung, stärkt den Appetit, verbindet die Kinderfruchtbarkeit als: **Hygientis, Strophulose** etc. da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährstoffen und Vitaminen vereint.  
Zu haben in Läden u. Packeten à 10, 20, 30 u. 60 Btg. in den durch Viatele kenntlichen Verkaufsstellen.  
Apotheken, Drogerien, Kolonialwaren-Handlungen und in den durch Viatele kenntlichen Verkaufsstellen.

### Makulatur

zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

### Sie finden

in Gold-, Silber- u. Allendwaren äußerst gediegene Auswahl erstklassiger Fabrikate im Spezialgeschäft von **Bruno Klinz**, Grosse Ulrichstr. 41. 5%o Rabatt.

**Bei Todesfällen** wende man sich an die **Begräbnisanstalt C. Thelicke** Gr. Steinstr. 65.  
Grüßtes Lager von Holz- u. Metallurnen. Übernahme ganzer Begräbnisse. Preise niedrig. Tel. 1907.

### Apotheker Caspary's gef. geich. Pee-Cee-Bonbons

haben sich sehr zahlreich bewährt bei Husten, Nervenleiden, Asthma, Verdauungsstörungen, Schindeln u. Kinder. **Gewinnende Gewinn** von Haupt-Steuer. **Man verlange ausdrücklich Pee-Cee's u. weise andere Fabrikate zurück.** **Beutel à 20 u. 40 Pfg.** i. d. Apotheken und Drogerien v. **Paul, Lebnig, Wachterstr. 75, Wilm, Ender, Lamm, Wachterstr. 31, Haase, Mohrenweg, Max Tietz, Friedrichstr. 53, Max Holländer, Alter Markt 1, Ballin jr., Leipzigerstr. 63, Jantsch, Leipzigerstr. 4, Ader-Apoth., Geisstr. 6, Hüter, Geisstr. 59/60.**

### Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegen **Franz Schöbbel** im Alter von 59 Jahren, an Blasenleiden, **Friedrich Bierbach (Schönnewitz)** im Alter von 59 Jahren, an Herzschwäche, **Otto Kunze (Beesen)** im Alter von 28 Jahren, an Lungenbluten, verstorben sind.  
Ein dauerndes Andenken wird Ihnen bewahren  
Der Vorstand des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands  
Zweigverein Halle a. S.